

**Dies ist eine unverbindliche Darstellung der eForms-formatierten
Bekanntmachung.**

Die Darstellung beruht auf der verwendeten eForms-Version *eforms-de-2.1*

1 Beschaffer

1.1 Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Stadtbahn Entwicklung und Verkehrsinfrastrukturprojekte
Frankfurt GmbH

Tätigkeit des Auftraggebers: *Städtische Eisenbahn-, Straßenbahn-, Oberleitungsbus-
oder Busdienste*

2 Verfahren

2.1 Verfahren

Titel: Rechtsdienstleistungen im öffentlichen Recht / Verwaltungsrecht

Beschreibung: Gegenstand dieser Ausschreibung ist ein Rahmenvertrag über
Rechtsdienstleistungen
im öffentlichen Recht / Verwaltungsrecht

Kennung des Verfahrens: 30414919-addd-4714-9df2-02cce2f085ca

Interne Kennung: SBEV-2026-0004

Verfahrensart: *Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb*

Beschleunigtes Verfahren: nein

2.1.1 Zweck

Art des Auftrags: *Dienstleistungen*

Hauptklassifizierungscode (cpv): 79111000 *Rechtsberatung*

Zusätzlicher Klassifizierungscode (cpv): 79112000 *Vertretung vor Gericht*

2.1.2 Erfüllungsort

Ort: Frankfurt am Main

Postleitzahl: 60327

NUTS-3-Code: *Frankfurt am Main, Kreisfreie Stadt (DE712)*

Land: *Deutschland*

2.1.3 Wert

Geschätzter Wert ohne MwSt.: 500.000 Euro

Höchstwert der Rahmenvereinbarung: 2.000.000 Euro

2.1.4 Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: a) Die Vergabeunterlagen werden ausschließlich elektronisch auf der Deutschen E-Vergabe zur Verfügung gestellt. Teilnahmeanträge oder Angebote können auch nur dort, elektronisch in Textform, eingereicht werden. Bieter, die die abrufbaren Formblätter direkt unter der angegebenen URL heruntergeladen haben, werden darauf hingewiesen, dass Ihnen nur nach Registrierung, etwaige Bieterfragen, Bieterinformationen und etwaige Änderungen an den Formblättern mitgeteilt werden können.

Die Registrierung erfolgt auf der Website der Deutschen E- Vergabe.

b) Die Beantwortung von Bewerber- bzw. Bieterfragen sowie die Kommunikation zwischen

Bewerbern/Bietern

und der Vergabestelle erfolgt ausschließlich über die Bieterkommunikation der Deutschen

E-Vergabe. Die Interessenten sind daher verpflichtet, regelmäßig in ihrem elektronischen

Postfach auf der Deutschen E-Vergabe nachzusehen, ob Nachrichten eingegangen sind.

c) Für das Angebot sind die hierfür auf der Deutschen E-Vergabe zur Verfügung gestellten

Vordrucke zu verwenden.

d) Mehrfachbeteiligung als Einzelbewerber bzw. Einzelbieter sowie als Mitglied einer

Bewerbergemeinschaft bzw. Bietergemeinschaft sind nicht zulässig.

e) Bei Vorlage einer eingescannten Erklärung von Dritten behält sich der Auftraggeber

vor, das Original vom Bieter nachzufordern. Die Einheitliche Europäische Eigenerklärung

(EEE) wird als vorläufiger Eignungsnachweis nicht anerkannt.

f) Bei der Vorlage von Bescheinigungen Dritter genügen bei ausländischen Bietern gleichwertige

Bescheinigungen des Herkunftslandes. Bei Dokumenten, die nicht in deutscher Sprache

verfasst sind ist eine beglaubigte Übersetzung ins Deutsche beizulegen.

g) Rückfragen zu dieser Vergabebekanntmachung werden wegen der Gleichbehandlung der

Bewerber nur in Textform über die Bieterkommunikation der Deutschen E-Vergabe und

anonymisiert beantwortet. Der Auftraggeber behält sich vor, nach dem 12.03.2025 eingehende

Fragen nicht mehr zu beantworten.

h) Bewerber, die sich zum Nachweis ihrer Eignung auf die Kapazitäten von anderen Unternehmen

(z. B. Nachunternehmer, konzernverbundene Unternehmen) stützen, müssen diese Kapazitäten

im Rahmen des Teilnahmeantrags (Vordruck "Verzeichnis der anderen Unternehmen (Eignungsleihe)"

(Dok. 1420)) angeben und bereits mit dem Teilnahmeantrag durch eine entsprechende

Verpflichtungserklärung des anderen Unternehmens (Vordruck "Verpflichtungserklärung

Eignungsleihe" (Dokument 1425)) nachweisen, dass ihnen die Mittel zur Verfügung stehen,

die für die Erfüllung des Auftrags erforderlich sind. Ebenso wie der Bewerber hat das andere Unternehmen die Nachweise und Erklärungen beizubringen. Für den Fall, dass

ein Bewerber die Kapazitäten eines anderen Unternehmens im Hinblick auf die erforderliche

wirtschaftliche und/oder finanzielle Leistungsfähigkeit in Anspruch nimmt, gilt § 47 Abs. 3

SektVO.

i) Der Auftraggeber wendet die §§ 122 bis 126 GWB an.

j) Die Bieter haben mit Angebotsabgabe zu erklären, dass sie im Falle der Zuschlagserteilung

ihren Beschäftigten bei der Ausführung des Auftrags diejenigen Arbeitsbedingungen

einschließlich des Entgelts gewähren, die nach Art und Höhe mindestens den Vorgaben

desjenigen Tarifvertrages entsprechen, an den das Unternehmen aufgrund des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes

(AEntG) gebunden ist, mindestens jedoch - wenn die maßgebliche tarifliche Regelung

für die Beschäftigten nicht ohnehin günstiger ist - ein Entgelt, das den Vorgaben des Mindestlohngesetzes (MiLoG) entspricht (zusätzliche Anforderung an die Auftragsausführung). Der Auftraggeber kann ferner verlangen, dass entsprechende Tariftreue-

und

Mindestentgelterklärungen auch von allen Nachunternehmen und Verleihunternehmen vorgelegt

werden, und zwar nach Auftragserteilung.

k) Die Bewerber haben das Nichtvorliegen von

- Vergabesperren gern. Gemeinsamen Runderlass über den Ausschluss von Bewerbern und

Bieter wegen schwerer Verfehlung, die Ihre Zuverlässigkeit in Frage stellen

- Ausschlüssen vom Wettbewerb außerhalb des Landes Hessens

- Anhörungsverfahren wegen schwerer Verfehlung

zu erklären.

l) Nach Eingang und Bewertung der Angebote behält sich der Auftraggeber vor, die Bieter

zu Gesprächen bzw. Verhandlungen einzuladen. Eingeladen werden ausschließlich die

drei Bieter mit den wirtschaftlichsten Angeboten. Der Auftraggeber behält sich zudem

vor, auf Verhandlungen zu verzichten und den Zuschlag auf Basis der Erstangebote zu

erteilen.

m) Bieter haben mit der Angebotsabgabe zu erklären, dass sie im Falle der Zuschlagserteilung

Maßnahmen hinsichtlich Ihrer Lieferkette erbracht haben bzw. erbringen werden und

den Auftraggeber entsprechende Informationsrechte und in bestimmten Fällen ein außerordentliches

Kündigungsrecht zugestehen.

n) Eigenerklärungen und Nachweise sind mit dem Angebot vollständig und vollständig

ausgefüllt

einzureichen. Die geforderten Nachweise und Erklärungen sind bei

Bietergemeinschaften

von allen Mitgliedern zu erbringen und in Fällen der Eignungsleihe auch von dem Unternehmen,

auf dessen Eignung sich der Bieter beruft. Die Vergabestelle behält sich vor, die Einreichung weiterer Unterlagen zur ergänzenden Aufklärung zu fordern. Das Fehlen

der geforderten Nachweise kann zum Ausschluss führen.

Bei Nichtvorlage / Nichtabgabe der geforderten Nachweise und Erklärungen behält sich

die Vergabestelle vor, die geforderten Nachweise nachzufordern. Fehlen die Unterlagen

nach Ablauf der gesetzten Nachfrist, wird das Angebot zwingend ausgeschlossen

p) Unser unternehmerisches Handeln ist geprägt von Integrität und Gesetzestreue. Gleiches

wünschen wir uns von unseren Geschäftspartnern und verweisen insoweit auf unseren

Verhaltenskodex, der abrufbar ist unter www.sbev-frankfurt.de

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/25/EU

sektvo -

2.1.6 Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: *Bekanntmachung*

Rein nationale Ausschlussgründe: Gemäß § 123, 124 GWB. Der Auftraggeber wendet die §§ 42 und 57 VgV an.

5 Los

5.1 Interne Referenz-ID Los: LOT-0001

Titel: Rechtsdienstleistungen im öffentlichen Recht / Verwaltungsrecht

Beschreibung: Gegenstand dieser Ausschreibung ist ein Rahmenvertrag über Rechtsdienstleistungen im öffentlichen Recht / Verwaltungsrecht

Interne Kennung: f989e4d7-14de-4d54-880e-a0e275b897af

5.1.1 Zweck

Art des Auftrags: *Dienstleistungen*

Hauptklassifizierungscode (cpv): 79111000 *Rechtsberatung*

Zusätzlicher Klassifizierungscode (cpv): 79112000 *Vertretung vor Gericht*

5.1.2 Erfüllungsort

Ort: Frankfurt am Main

Postleitzahl: 60327

NUTS-3-Code: *Frankfurt am Main, Kreisfreie Stadt (DE712)*

Land: *Deutschland*

Zusätzliche Angaben zum Erfüllungsort:

5.1.3 Geschätzte Dauer

Laufzeit: 3 Jahr

5.1.4 Verlängerung

Verlängerung - Maximale Anzahl: 1

5.1.6 Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme: *Teilnahme ist nicht vorbehalten.*

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist besonders auch geeignet für kleinste, kleine und mittlere Unternehmen (KMU): nein

5.1.7 Strategische Auftragsvergabe

Art der strategischen Beschaffung: *Keine strategische Beschaffung*

5.1.9 Eignungskriterien

Quellen der Auswahlkriterien: *Bekanntmachung*

Kriterium: *Relevante Bildungs- und Berufsqualifikationen*

Beschreibung: Die Eignung in Bezug auf die persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers ist durch schriftliche Eigenerklärung auf den der Ausschreibung beiliegenden Formularen nachzuweisen:

- a) über die ordnungsgemäße Eintragung in das Berufsregister
- b) über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß §123 Abs. 1 und 4 sowie §124

Abs. 1 Nr. Der Auftraggeber behält sich vor, zur Bestätigung der Eigenerklärung Nachweise Dritter zu verlangen.

- c) im Hinblick auf die Russland-Sanktionen der Europäischen Union, insbesondere zu

Artikel 5aa der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1, Ziffer 23

der Verordnung (EU) 2022/576.

- d) Erklärung, dass keine Vergabesperre gegen den Bewerber verhängt wurde. Die geforderten

Nachweise und Erklärungen sind bei Bewerbergemeinschaften von allen Mitgliedern zu

erbringen und in Fällen der Eignungsleihe auch von dem Unternehmen, auf dessen Eignung

sich der Bieter beruft. Die Vergabestelle behält sich vor, die Einreichung weiterer

Unterlagen zur ergänzenden Aufklärung zu fordern.

- e) Eigenerklärung über die Befugnis zur Erbringung von Rechtsdienstleistungen in der

Bundesrepublik Deutschland im Sinne des Gesetzes über außergerichtliche Rechtsdienstleistungen

Kriterium: *Finanzkennzahlen*

Beschreibung: f) Eigenerklärung über den Gesamtumsatz des Bieters in den letzten drei abgeschlossenen

Geschäftsjahren, mit einer Mindestanforderung von durchschnittlich 4 Mio. EUR netto

pro Jahr.

- g) Eigenerklärung über den Umsatz im Tätigkeitsbereich der ausgeschriebenen Leistung

(Beratung im öffentlichen Recht / Verwaltungsrecht) in den letzten drei abgeschlossenen

Geschäftsjahren, mit einer Mindestanforderung von durchschnittlich 1 Mio. EUR netto pro Jahr.

h) Eigenerklärung über die Personenanzahl der in den letzten drei abgeschlossenen

Geschäftsjahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Rechtsanwälte im Bereich öffentliches

Recht/Verwaltungsrecht. Mindestanforderung: 5 Rechtsanwälte

i) Nachweis über das Bestehen einer Berufshaftpflichtversicherung mit einer Mindestdeckungssumme

für Personen-, Sach- und Vermögensschäden in Höhe von mindestens 10 Mio. EUR, pro Kalenderjahr

jeweils zweifach maximiert. Der Nachweis der Versicherung ist durch Vorlage einer

Versicherungspolice

oder durch Vorlage der Bestätigung eines Versicherers, über dessen Bereitschaft, im

Fall der

Zuschlagserteilung eine solche Versicherung mit dem Bewerber mit den geforderten Deckungssummen

abzuschließen und über die gesamte Laufzeit des Auftrages aufrecht zu erhalten.

Bei Bietergemeinschaften sind die in f) bis i) geforderten Nachweise und Erklärungen

von allen Mitgliedern zu erbringen.

Zur Bemessung der Mindestumsätze nach lit. f) und g) werden die Umsätze von Mitgliedern

einer Bietergemeinschaft addiert.

Zur Bemessung der Personenanzahl der beschäftigten Rechtsanwälte nach lit. h) werden

die Personenzahlen von Mitgliedern einer Bietergemeinschaft addiert.

Kriterium: *Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen*

Beschreibung: j) Nachweis von mindestens zwei Referenzen des Bieters über die Beratung von Mandanten im Bereich „Planfeststellungsrecht“ im Zeitraum zwischen dem Jahr 2021 und dem Tag

der Angebotsabgabe mit mindestens 50.000,00 EUR abgerechnete Leistung.

Die Leistung

muss durch den Bieter selbst erbracht worden sein.

k) Nachweis von mindestens zwei Referenzen des Bieters über die Beratung von Mandanten

im Bereich „Umweltrecht“ (insb. Wasserrecht/Bodenschutzrecht, Immissionsschutz) im

Zeitraum zwischen dem Jahr 2021 und dem Tag der Angebotsabgabe mit mindestens 50.000,00

EUR abgerechnete Leistung. Die Leistung muss durch den Bieter selbst

erbracht worden
sein.

l) Nachweis von mindestens zwei Referenzen des Bieters über die Beratung von Mandanten im Bereich „Grunderwerb“ im Zeitraum zwischen dem Jahr 2021 und dem Tag der Angebotsabgabe mit mindestens 50.000,00 EUR abgerechnete Leistung . Im jeweiligen Mandat müssen die Aufgaben Enteignung und vorzeitige Besitzeinweisung bearbeitet worden sein. Die Leistung muss durch den Bieter selbst erbracht worden sein.

Für alle Referenzen (Ziffer j-l) sind:

- die Kurzbeschreibung des Auftrags (Art des Projekts)
 - der Auftraggeber
 - der Ansprechpartner des Auftraggebers
 - der Ausführungszeitraum
 - die abgerechnete Leistung netto in EUR bezogen auf die referenzierte Leistung und falls abweichend auf den Gesamtauftrag
 - Angabe der Beratungstätigkeit nach Art und Umfang -
- Hierzu ist das der Ausschreibung beigelegte Formblatt (Dok. 1412) zu verwenden.

5.1.10 Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: *Preis*

Bezeichnung: Preis

Beschreibung: Preis

Kategorie des Schwellen-Zuschlagskriteriums: *Gewichtung (Prozentanteil, genau)*

Zuschlagskriterium — Zahl: 30

Kriterium:

Art: *Qualität*

Bezeichnung: Leistungsbewertung gemäß Kriterienkatalog

Beschreibung: Die detaillierte Ausgestaltung der Unterkriterien wird im Rahmen der Aufforderung zur Angebotsabgabe bekannt gegeben.

Kategorie des Schwellen-Zuschlagskriteriums: *Gewichtung (Prozentanteil, genau)*

Zuschlagskriterium — Zahl: 70

5.1.11 Auftragsunterlagen

Verbindliche Sprachfassung der Vergabeunterlagen: *Deutsch*

Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen: 12/03/2026 23:59 +01:00

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://bieterzugang.deutsche-evergabe.de/evergabe.bieter/api/supplier/external/deeplink/subproject/b7fd96-2576-4982-ad43-babbaf84d5a1>

5.1.12 Bedingungen für die Auftragsvergabe

Verfahrensbedingungen:

Voraussichtliches Datum der Absendung der Aufforderungen zur Angebotseinreichung: 22/04/2026

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: *Erforderlich*

Adresse für die Einreichung: <https://bieterzugang.deutsche-evergabe.de/evergabe.bieter/api/supplier/external/deeplink/subproject/b7fd96-2576-4982-ad43-babbaf84d5a1>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: *Deutsch*

Elektronischer Katalog: *Nicht zulässig*

Nebenangebote: *Nicht zulässig*

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: *Nicht zulässig*

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 24/03/2026 10:00 +01:00

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Die Nachforderung von Erklärungen, Unterlagen und Nachweisen ist nicht ausgeschlossen.

Zusätzliche Informationen: Gemäß § 56 Abs. 2 VgV, § 51 Abs. 2 SektVO, § 16a Abs. 1 VOB/A-EU. Mögliche Hinweise des Auftraggebers in den Vergabeunterlagen sind zu beachten.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung ist bestimmten Auftragnehmern vorbehalten:
Nein

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: Bietergemeinschaften und andere gemeinschaftliche Bieter haften gesamtschuldnerisch

für die
angebotene Leistung. Sie haben im Angebot sämtliche Mitglieder der
Bietergemeinschaft
zu benennen, sowie eines ihrer Mitglieder als bevollmächtigten Vertreter für
das Vergabeverfahren
und den Abschluss des Vertrags zu bezeichnen.

Elektronische Rechnungsstellung: *Erforderlich*

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen.: Gemäß
Ausschreibungsunterlagen

5.1.15 Techniken

Rahmenvereinbarung:

Rahmenvereinbarung ohne erneuten Aufruf zum Wettbewerb

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16 Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer des Landes Hessen beim
Regierungspräsidium Darmstadt

Informationen über die Überprüfungsfristen: § 160 GWB Einleitung, Antrag.

1) Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein.

2) Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse an dem öffentlichen
Auftrag

oder der Konzession hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Absatz 6
durch

Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen, dass
dem

Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein
Schaden entstanden

ist oder zu entstehen droht.

3) Der Antrag ist unzulässig, soweit

a. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor
Einreichen

des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb
einer

Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2
bleibt unberührt,

b. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung
erkennbar sind,

nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung
oder zur Angebotsabgabe
gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
c. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe
gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, d. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang
der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.
Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2. § 134 Absatz 1 Satz 2 bleibt unberührt.

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: Stadtbahn Entwicklung und Verkehrsinfrastrukturprojekte Frankfurt GmbH

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt: Vergabekammer des Landes Hessen beim Regierungspräsidium Darmstadt

8 Organisationen

8.1 ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Stadtbahn Entwicklung und Verkehrsinfrastrukturprojekte Frankfurt GmbH

Identifikationsnummer: e1b12148-fe5c-4507-a1e0-f1ed557ad976

Postanschrift: Mainzer Landstraße 191

Ort: Frankfurt am Main

Postleitzahl: 60327

NUTS-3-Code: *Frankfurt am Main, Kreisfreie Stadt* (DE712)

Land: *Deutschland*

Kontaktstelle: Einkauf

E-Mail: w.ulbricht@sbev-frankfurt.de

Telefon: +49 6921329971

Fax: +49 6921329974

Internet-Adresse: <http://www.sbev-frankfurt.de/de/home/>

Beschafferprofil - URL: <http://www.sbev-frankfurt.de/de/home/>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

8.1 ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer des Landes Hessen beim Regierungspräsidium Darmstadt

Identifikationsnummer: 56e7b770-8c1a-47f2-a7dd-154332993450

Postanschrift: Dienstgebäude: Wilhelminenstraße 1-3; Fristenbriefkasten: Luisenplatz 2

Ort: Darmstadt

Postleitzahl: 64283

NUTS-3-Code: *Darmstadt, Kreisfreie Stadt* (DE711)

Land: *Deutschland*

E-Mail: vergabekammer@rpda.hessen.de

Telefon: +49 6151126603

Fax: +49 6151125816

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt

8.1 ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Stadtbahn Entwicklung und Verkehrsinfrastrukturprojekte Frankfurt GmbH

Identifikationsnummer: 1ab1a106-d2aa-423e-8bc0-cb4e0f9cd761

Postanschrift: Mainzer Landstraße 191

Ort: Frankfurt am Main

Postleitzahl: 60327

NUTS-3-Code: *Frankfurt am Main, Kreisfreie Stadt* (DE712)

Land: *Deutschland*

E-Mail: info@sbev-frankfurt.de

Telefon: +49 6921329850

Fax: +49 6921329974

Internet-Adresse: <https://www.sbev-frankfurt.de/>

Rollen dieser Organisation:

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 0a7744a6-79aa-401f-9020-cc825fe6049f - 01

Formulartyp: *Wettbewerb*

Art der Bekanntmachung: *Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung*

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 18/02/2026 16:33 +01:00

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: *Deutsch*